

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: **Kapitel 6: Demokratische Teilhabe, Gleiche Rechte und Antidiskriminierung**

1741 Text

1742 Demokratische Teilhabe, Gleiche Rechte und Antidiskriminierung

1743 Beteiligung und Engagement

1744 In Bremen gibt es viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung.
1745 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in Beiräten, in Initiativen,
1746 Netzwerken, Selbsthilfegruppen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Wir
1747 fördern alle Beteiligungsformen, denn Demokratie funktioniert nur, wenn viele
1748 Menschen – aus unterschiedlichen Zusammenhängen – Verantwortung für das
1749 Gemeinwesen übernehmen.

1750 Wir stehen für die demokratische Teilhabe aller. Sowohl durch mehr direkte
1751 Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere und geschlechtergerechte
1752 Repräsentanz. Dafür brauchen wir neue Verfahren, aber auch starke und
1753 repräsentative parlamentarische Vertretungen. Bürgerbeteiligung ist für uns kein
1754 Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligungsformen fördert, überprüft,
1755 fortentwickelt und allen Menschen offenstehen soll.

1756 Was wir mit Grüner Regierungsbeteiligung für mehr BürgerInnenbeteiligung getan
1757 haben, kann sich sehen lassen! Wir haben die generellen Hürden für
1758 Volksentscheide, zuletzt auch bei Verfassungsänderungen drastisch gesenkt, als
1759 erstes Bundesland Volksentscheide bei Privatisierungen eingeführt, uns für
1760 bundesweite Volksentscheide eingesetzt und die Zahl der Unterschriften für
1761 Bürgeranträge mehr als halbiert, sowie die Onlineunterschrift ermöglicht. Damit
1762 stehen wir im deutschlandweiten Vergleich ganz weit oben.

1763 Wir haben die Beiräte gestärkt, ihnen ein Rederecht in der Stadtbürgerschaft und
1764 das Wahlrecht für ihre Ortsamtsleitungen gegeben und überprüfen zurzeit das
1765 Beirätegesetz auf seine Praxistauglichkeit. Wir prüfen die Einführung einer
1766 Vorhabenliste, wie in Heidelberg, die alle öffentlichen Bauvorhaben einfach und
1767 übersichtlich darstellt. Große Beteiligungsprozesse, wie die Planung eines

1768 gesamten Quartiers auf dem Gelände des Klinikums Mitte oder der
1769 Verkehrsentwicklung, finden deutschlandweit Beachtung. Um dabei möglichst viele
1770 Menschen zu erreichen, nutzen wir die Online-Beteiligung über das Internet
1771 ebenso wie Bürgerforen und Formen der aufsuchenden Beteiligung. Ebenso können
1772 wir stolz sein auf viele kleinere Beteiligungsprozesse, vor allem im Kinder- und
1773 Jugendbereich. Um klare Regeln für Beteiligung über den gesetzlichen Rahmen
1774 hinaus zu schaffen, haben wir den "Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung" auf den
1775 Weg gebracht. Aus gemachten Erfahrungen und Fehlern lernen wir. Politik und
1776 Verwaltung erarbeiten gemeinsam mit Beiräten und Bürgerinnen faire
1777 Beteiligungsverfahren.

1778 Wir ruhen uns nicht auf dem Geleisteten aus, sondern arbeiten zielstrebig weiter
1779 an einer Demokratie, die eine Beteiligung aller möglich macht. Für die kommenden
1780 Jahre nehmen wir uns einiges vor. Wir wollen, dass BürgerInnen das Recht haben
1781 Beteiligungsprozesse zu initiieren. Wir wollen in allen Themenbereichen die
1782 BürgerInnen mit ins Boot holen und dabei gezielt Gruppen einbinden, deren
1783 Meinungen bisher nicht ausreichend repräsentiert sind. Wir werden daran
1784 arbeiten, Beteiligungsprozesse geschlechtersensibel zu gestalten und Barrieren
1785 aufgrund von Sprache, Herkunft oder Bildungsstand abzubauen. Damit Demokratie
1786 von klein auf gelernt wird, wollen wir Kinder und Jugendlichen altersangemessen
1787 an Entscheidungen beteiligen, die sie betreffen. Deshalb wollen wir
1788 Jugendbeiräte fördern und gemeinsam mit Kitas, Schulen und Freizeits bestehende
1789 Konzepte und Standards weiterentwickeln. Für mehr direkte Entscheidungen, wollen
1790 wir eine elektronische Unterschrift bei Volksbegehren einführen und wichtige
1791 Entscheidungen von uns aus zum Volksentscheid vorlegen. Gemeinsam mit den
1792 Beiräten wollen wir beraten, ob wir ihre Entscheidungsbefugnisse ausweiten, ob
1793 ihre Aufgaben und vorhandene Ressourcen im Einklang stehen und ob wir
1794 BürgerInnenentscheide auf Stadtteilebene einführen. Wir würdigen das freiwillige
1795 Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen und werden die Bedingungen
1796 dafür verbessern.

1797 **Feminismus, Gender-Bewegung und Geschlechtergerechtigkeit**

1798 Grüne Politik in Bremen hat in den letzten Jahren einen starken Fokus auf
1799 geschlechterspezifische Maßnahmen gelegt, z.B. durch die Einführung
1800 verschiedener Arbeitszeitmodelle in der öffentlichen Verwaltung, in der
1801 Schaffung diskriminierungsfreier und gesundheitsfördernder Arbeitsräume für
1802 Frauen und Männer oder bei den zunehmenden Berufungen von Frauen in
1803 Führungspositionen. Bremen ist in diesen Feldern, z.B. mit einer Quote von 33,2%
1804 Frauen in Aufsichtsräten, im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders gut
1805 aufgestellt. Bei allen Erfolgen zeigen Studien in Bremen, dass Arbeit, Lohn,
1806 Zeit und Stadt-Räume ungleich und zu Lasten von Frauen und Mädchen verteilt
1807 sind. Grundsätzlich setzen wir uns deshalb für eine stärkere Verankerung und
1808 konsequentere Anwendung des Gender Mainstreaming in allen politischen
1809 Entscheidungsprozessen ein, das gilt insbesondere für Politikfelder wie
1810 Finanzen, Stadtentwicklung, Bau und Verkehr.
1811 Der Fokus grüner Politik liegt auf der eigenständigen Existenzsicherung für
1812 Frauen. Deshalb werden wir weiter gegen prekäre Arbeit, Wiedereinstiegshürden,
1813 kostenlose Pflege und das Ehegattensplitting kämpfen. Um der
1814 geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarkts entgegenzuwirken, werden wir
1815 unsere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik nutzen, um Frauen gezielt
1816 Zugänge zu zukunftssträchtigen Berufen und Branchen zu ermöglichen. Dabei werden
1817 wir besondere Programme für Alleinerziehende, Wiedereinsteigerinnen und

1818 Migrantinnen fortführen. Bisher frauendominierte Berufe müssen aufgewertet
1819 werden. Wir kämpfen für ein hohes Qualitätsniveau der Ausbildung, für bessere
1820 Aufstiegsmöglichkeiten und eine bessere Bezahlung in den Sozial, Erziehungs- und
1821 Gesundheitsberufen. Weiterhin kämpfen wir für Lohngleichheit und setzen uns
1822 deshalb weiterhin für ein Entgeltgleichheitsgesetz ein. Phasen der
1823 Fürsorgearbeit, für Bildung, Zeit für gesellschaftliches Engagement müssen
1824 gewährsleitet und sozial abgesichert sein. Hierfür wollen wir Modelle und
1825 Maßnahmen entwickeln.

1826 Körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für Frauen und Männer muss das
1827 Ziel einer modernen Gesellschaft sein. Frauen müssen über ihre Schwangerschaften
1828 frei entscheiden können. Für BezieherInnen von Transferleistungen werden
1829 Verhütungsmittel unentgeltlich bereitgestellt. Den öffentlichen medialen Druck
1830 zum perfekten Körper lehnen wir ab. Wir setzen uns ein für einen
1831 gesellschaftlichen Verständigungsprozess, der für körperliche Vielfalt
1832 sensibilisiert und Sexismus in den Medien ächtet. Das Recht auf körperliche
1833 Unversehrtheit muss auch für Intersexuelle gelten. Medizinisch nicht notwendige
1834 Eingriffe sind deshalb nur mit Einwilligung der Intersexuellen selbst
1835 durchzuführen.

1836 Uns ist bewusst, dass sich Frauen, aber in geringerem Maße auch Männer und
1837 Intersexuelle teils aus freien Stücken, teils unter dem Zwang extremer
1838 Gewaltanwendung und in zahlreichen Grauzonen zwischen beiden auf dem Sexmarkt
1839 anbieten. Durch eine bessere Regulierung der Prostitution wollen wir die
1840 Situation von SexarbeiterInnen verbessern. Ein striktes, strafrechtlich
1841 sanktioniertes, Verbot der Prostitution, halten wir für nicht zielführend. Dies
1842 haben auch Erfahrungen in Ländern wie Frankreich und Schweden gezeigt. Die
1843 Illegalisierung erschwert den solidarischen Schutz der Betroffenen gegen Gewalt,
1844 Gesundheitsgefährdungen und Ausbeutung. Eine gesetzliche Regelung soll
1845 umfassende Rahmenbedingungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten enthalten.
1846 Hierfür werden wir die Möglichkeiten nutzen, die auf Länderebene möglich sind
1847 und unsere Vorschläge im Rahmen der Reform des Prostitutionsgesetzes über den
1848 Bundesrat einbringen. Wir werden weiterhin konsequent jede Form des
1849 Menschenhandels, auch zum Zweck der sexuellen Ausbeutung bekämpfen. Hilfe für
1850 Opfer von Gewalt muss selbstverständlich und kostenlos sein. Wir setzen uns
1851 deshalb weiterhin für die verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von
1852 Frauenhäusern und Beratungsstellen für beide Geschlechter ein.

1853 Geflüchtete Frauen bedürfen unserer verstärkten Solidarität. Außer politischer
1854 Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg haben sie vielfältige Formen von Gewalt
1855 erfahren, die sich gegen ihren Körper und ihre Selbstbestimmung als Frauen
1856 richten. Wir unterstützen deshalb die politische Organisationen von Migrantinnen
1857 und neue emanzipatorische Bündnisse, zwischen dem traditionellen Feminismus, den
1858 neuen „Gender-Bewegungen“ und den Migrantinnenorganisationen. In diesem Sinne
1859 kann die Gleichstellung der Migrantinnen ein Fortschritt für alle Frauen werden.
1860 Wir Grünen wollen diese Prozesse begleiten und unterstützen.

1861 **LSBTTI - Vielfältige Liebens- und Lebensformen**

1862 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle
1863 (LSBTTI) sind ein Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Lesben und Schwule
1864 können inzwischen so frei wie nie zuvor in Bremen und Deutschland lieben und

1865 leben. Das ist ein Erfolg grüner Politik. Aber Diskriminierung aufgrund
1866 sexueller Identitäten ist noch längst nicht überwunden. Wir GRÜNE treten
1867 jeglicher Form von Homo- und Transphobie entgegen, setzen auf Aufklärung und
1868 volle Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen mit
1869 heterosexuellen Lebensweisen.
1870 In Bremen haben wir das Beamtenrecht dahingehend geändert, dass eingetragene
1871 Lebenspartnerschaften der Ehe gleichgestellt werden. Damit hat Bremen als erstes
1872 Bundesland für schwule und lesbische Lebenspartner das gleiche Dienst-,
1873 Besoldungs- und Versorgungsrecht wie für Ehepaare geschaffen. Die in Teilen der
1874 Gesellschaft immer noch vorhandene Ablehnung gleichgeschlechtlicher Lebensformen
1875 zeigt, dass das Werben um mehr Toleranz und die Aufklärungsarbeit nicht
1876 nachlassen darf. Wir haben deshalb einen umfassenden Aktionsplan gegen
1877 Homophobie auf den Weg gebracht. Die Aufklärung über lesbische und schwule
1878 Lebensformen als gleichberechtigte Lebensformen ist nun auch Bestandteil des
1879 Sexualkundeunterrichts an Bremischen Schulen, so soll es Jugendlichen ermöglicht
1880 werden, zukünftig unbeschwerter und diskriminierungsfrei zur sexuellen Identität
1881 zu finden. Wir haben uns dafür eingesetzt die Diskriminierung schwuler Männer
1882 bei Blutspenden aufzuheben und fordern die Rehabilitierung und Entschädigung von
1883 kriminalisierten Menschen aufgrund des § 175.
1884 Für Lesben und Schwule besteht in der Phase ihres Coming Out ebenso intensiver
1885 Bedarf nach Beratung und Hilfe wie bei sozial-rechtlichen und medizinischen
1886 Fragen sowie Beziehungsproblemen. Wir unterstützen daher die bereits bestehenden
1887 Beratungsstellen für Schwule und Lesben wie das „Rat & Tat Zentrum“.
1888 Lesben und Schwule werden wie alle BremerInnen älter. Die Grünen setzen sich
1889 deshalb für die Berücksichtigung der lesbischen und schwulen SeniorInnen in der
1890 städtischen Pflegebedarfsplanung ein und unterstützen gleichgeschlechtliche
1891 Alterswohngemeinschaften.
1892 Auf Bundesebene setzen wir uns für einen „Aktionsplan für Vielfalt“ ein, der
1893 Homophobie und Transphobie entgegensteuert, der Forschung u.a. zu
1894 Diskriminierungen sowie queeren Lebensweisen fördert, insbesondere Jugendliche
1895 stärkt und deren Ausgrenzung im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit
1896 entgegenwirkt. In Artikel 3 des Grundgesetzes muss ergänzt werden, dass niemand
1897 wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Wir unterstützen
1898 transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte.
1899 Eine Reform des Transsexuellenrechts muss Freiheit und Selbstbestimmung zum
1900 Leitbild haben, die Pathologisierung beenden und die Menschenwürde sichern. Die
1901 zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben.

1902 **Integration und Vielfalt**

1903 Die Gesellschaft Bremens zeichnet sich durch eine zunehmende Vielfalt an
1904 Herkunft, Sprache, Religion und kulturellem Hintergrund aus. Grünes Leitbild ist
1905 die inklusive Gesellschaft, die diese Vielfalt leben will und ihr Akzeptanz und
1906 Wertschätzung entgegenbringt. Wir stellen uns deshalb jeder Form von Rassismus,
1907 Islamophobie, Antisemitismus und struktureller Diskriminierung entgegen und
1908 unterstützen Antidiskriminierungsprogramme sowie Initiativen, die sich gegen
1909 Rechtsextremismus engagieren.

1910 Wir GRÜNE haben dazu beigetragen, die Bremer Integrationspolitik neu
1911 aufzustellen. Aber vieles bleibt noch zu tun. Integration braucht ein
1912 gesichertes Aufenthaltsrecht. Kettenduldungen lehnen wir strikt ab. Auf
1913 Initiative der Grünen hat Bremen Maßnahmen eingeleitet, um die unzumutbaren
1914 Duldungen auf ein Minimum zu reduzieren. Daran anknüpfend, setzen wir uns für

1915 ein Gesetzgebungsverfahren ein, das auch Menschen ohne Aufenthaltsstatus, den so
1916 genannten Papierlosen, eine solche Perspektive eröffnet. Aus grüner Sicht
1917 beinhaltet ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsgesetz die Akzeptanz von
1918 Mehrstaatigkeit. Außerdem setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass auch
1919 Migrantinnen und Migranten aus sog. Drittstaaten das kommunale Wahlrecht
1920 erhalten, wenn Bremen ihr Lebensmittelpunkt ist.

1921 Erwerbstätigkeit ist ein Motor für den Integrationsprozess. Deshalb ist der
1922 Zugang zum Arbeitsmarkt wichtig. Wir haben das Gesetz zur Anerkennung
1923 ausländischer Berufe entsprechend gestaltet. Nun gilt es, die Ergebnisse der
1924 Evaluation einer ehrlichen Analyse zu unterziehen, besonders im Hinblick auf die
1925 Ingenieur- und Architektenberufe. Wir machen uns für
1926 Nachqualifizierungsmaßnahmen stark. Dazu gehört auch die Förderung der
1927 Berufssprache Deutsch.

1928 Unser Ziel einer institutionellen Vereinbarung mit den Bremer Muslimen haben wir
1929 erreicht. Die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe der Muslime und die
1930 bessere Einbindung ihrer Organisationen in das öffentliche Leben Bremens wollen
1931 wir weiter vorantreiben. Wir stellen uns der Diskriminierung von Mädchen und
1932 Frauen mit Kopftuch entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass das pauschale
1933 Kopftuchverbot aufgehoben wird und streben ein Verfahren mit Einzelfallprüfung
1934 an.

1935 Die kontinuierliche Zunahme von Flüchtlingen stellt Bremen weiterhin vor die
1936 Herausforderung, Flüchtlingsunterkünfte in ausreichender Kapazität vorzuhalten.
1937 Die Erfahrung des letzten Jahres hat gezeigt, dass dieser Herausforderung dank
1938 des bürgerschaftlichen Engagements unter Wahrung der humanitären Aspekte
1939 begegnet werden kann. Gemeinschaftsunterbringung ist jedoch nur für einen
1940 begrenzten Zeitraum und in kleinen Einheiten akzeptabel. Das Recht auf eine
1941 angemessene Wohnung und selbstverantwortliche Lebensgestaltung für Flüchtlinge
1942 bleibt unser zentrales Anliegen!

1943 Migrantinnen und Migranten wenden sich zunehmend an soziale Einrichtungen,
1944 Gesundheitsdienste und Beratungsstellen. Um eine professionelle und wirksame
1945 Betreuung zu sichern, treten wir für kultursensible Dolmetscher-Dienste in den
1946 Stadtteilen ein und wollen Regelungen für die Kostenübernahme festlegen.

1947 Für eine Erfolg versprechende Integrationspolitik der Zukunft müssen alle
1948 Politikfelder in die Pflicht genommen werden. Deshalb sind wir für ein Bremer
1949 Partizipations- und Integrationsgesetz, das die strukturelle Gleichstellung der
1950 Menschen mit Migrationshintergrund für alle Bereiche des öffentlichen Lebens
1951 gesetzlich verankert. Nur so kann aus unserer Sicht die Gestaltung einer
1952 inklusiven Gesellschaft im Land Bremen ernsthaft vorangetrieben werden, und das
1953 ist unser Ziel.

1954 **Vielfalt durch Mehrsprachigkeit**

1955 In modernen Gesellschaften wie unserer hängen beruflicher Erfolg und
1956 gesellschaftliche Teilhabe zunehmend von der Fähigkeit ab, in mehreren Sprachen
1957 kommunizieren zu können. Die Förderung und der Erhalt weltweit gesprochener und
1958 regionaler Sprachen sind von hohem kulturellem Wert. Deshalb sind die
1959 individuelle Förderung mehrsprachiger Kompetenzen sowie die Schaffung günstiger

1960 Bedingungen für Mehrsprachigkeit, also für das Aufwachsen und Leben mit mehr als
1961 einer Sprache, insbesondere in den Einrichtungen des Bildungswesens, für uns
1962 GRÜNE wichtige Aufgaben.

1963 Spezifisch heißt das für Bremen auch: plattdütsch höört to Bremen darto! Daher
1964 haben wir einen Beirat plattdeutsch "Bierot up platt" eingerichtet, um gemeinsam
1965 darüber zu beraten, wie es uns gelingen kann, dass die plattdeutsche Sprache
1966 erhalten bleibt. Vor allem ist es enorm wichtig, dass jungen Menschen
1967 plattdeutsch wieder näher gebracht wird und attraktiver gestaltet werden muss -
1968 ganz nach dem Motto "platt is cool". Hier sind Kitas, Schulen und
1969 Jugendeinrichtungen gefragt. Auch die Kulturszene bietet eine Menge von
1970 Möglichkeiten. Es ist besonders wichtig, Plattdeutsch in seiner ganzen
1971 Ausdruckskraft sichtbar zu machen - das kann hier am besten gelingen und daher
1972 wollen wir künftig weiter plattdeutsche Projekte unterstützen.

1973 **Inneres**

1974 Freiheit und Sicherheit sind Eckpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.
1975 Diese zu wahren ist die Aufgabe des Staates. Dabei gilt es die Balance zwischen
1976 den erforderlichen Sicherbedürfnissen der Menschen und der Wahrung ihrer
1977 Bürgerrechte zu halten. Wir halten nichts davon Bürgerinnen und Bürger unter
1978 Generalverdacht zu stellen und sie massenweise überwachen zu lassen. Ein guter
1979 Staat steht seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne Misstrauen gegenüber.

1980 Eine moderne und offene Polizei schafft die Grundlage für Sicherheit in unserem
1981 Bundesland. Wir setzen uns dafür ein, dass sie auch in den kommenden Jahren eine
1982 verlässliche Personalausstattung erhält und ihren vielfältigen Aufgaben in der
1983 Präventionsarbeit und Kriminalitätsbekämpfung gerecht werden kann. Hierzu sind
1984 aus Sicht von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN 2.500 Beschäftigte bei der Polizei Bremen
1985 und 474 bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven notwendig. Wir wollen die Stärken
1986 der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und der Polizei Bremen in einer gemeinsamen
1987 Polizei des Landes bündeln. Den Anteil von Frauen und von Menschen mit
1988 Migrationshintergrund auch in den Führungspositionen der Polizei wollen wir
1989 erhöhen.

1990 Die Polizei muss ein klar rechtsstaatliches Profil haben, um ihrer Verantwortung
1991 gegenüber dem Staat und den Einwohnern gerecht zu werden. Das Vertrauen der
1992 Bürgerinnen und Bürger in die Polizei ist ein hohes Gut. Auch Polizistinnen und
1993 Polizisten müssen vor Diffamierung geschützt werden. Bei Vorwürfen
1994 unrechtmäßiger Polizeiarbeit haben alle Beteiligten ein Interesse an
1995 rückhaltloser Aufklärung. Die Arbeit der internen Ermittlung bei dem Senator für
1996 Inneres ist dafür wichtig. Außerdem soll sie auch für einzelne Polizistinnen und
1997 Polizisten eine unabhängige Ansprechpartnerin sein, an die sie sich bei
1998 Missständen wenden können. Darüber hinaus wollen wir die Position einer/eines
1999 Polizeibeauftragten beim Landtag einrichten. Sie oder er wird Opfer von
2000 Polizeiübergriffen über ihre Möglichkeiten informieren, beraten und
2001 gegebenenfalls bei weiteren Schritten unterstützen, kann zugleich aber dazu
2002 beitragen, ungerechtfertigte Anwürfe frühzeitig auszuräumen.

2003 Bündnis 90 / DIE GRÜNEN lehnen Gewalt ab. Angriffe auf Polizeibeamtinnen und
2004 Polizeibeamte sind für uns nicht akzeptabel und müssen mit den Mitteln des

2005 Rechtsstaates schnell und klar geahndet werden. Populistische Forderungen nach
2006 Strafverschärfung halten wir für falsch und wirkungslos. Wir wollen gemeinsam
2007 mit den Gewerkschaften und den Vertretungsorganen in einen Dialog treten, wie
2008 die Beamtinnen und Beamten im Dienst besser geschützt werden können und für
2009 gegenseitigen Respekt öffentlich werben.
2010 Den Einsatz des Tasers, einer Elektroschock-Waffe, lehnen wir ab und werden ihn
2011 als Waffe aus dem Polizeigesetz streichen. Die Folgen des Einsatzes sind nicht
2012 eindeutig vorhersehbar.
2013 Das so genannte „Racial Profiling“, z.B. Kontrollen aufgrund der Hautfarbe darf
2014 keine Grundlage polizeilichen Handelns werden.
2015 Die rechtlichen Grundlagen für die sogenannten „Gefahrenorte“ wollen wir klarer
2016 fassen und somit einer ausufernden Handhabung entgegen treten. Das Bestreben,
2017 die in Umlauf befindlichen Waffen zu reduzieren wird von Bündnis90/ Die Grünen
2018 ausdrücklich unterstützt.

2019 Um die vielfältiger gewordenen Aufgaben und Ansprüche an die Polizei finanzieren
2020 zu können, halten wir es für richtig, dass Verursacher von außergewöhnlich hohen
2021 Polizeikosten - verursacht durch Wochenend-Überstunden von mehreren
2022 Hundertschaften - daran beteiligt werden sollen, etwa bei Risikospielen der
2023 Fußballbundesliga.
2024 Die beste Bekämpfung von Kriminalität und Gewalttaten ist, sie gar nicht erst
2025 entstehen zu lassen. Jugendliche, mit positiver Lebensperspektive haben größere
2026 Chancen nicht kriminell zu werden. Kindergärten, Schulen, Jugendgruppen,
2027 Freizeitheime und Vereine sind auch wichtig als Einrichtungen der Prävention.

2028 Wir müssen Präventionskonzepte entwickeln und umsetzen, die vor allem junge
2029 Männer davon abbringen können, sich zu radikalisieren, und von Bremen aus in den
2030 „Heiligen Krieg“ zu ziehen. Wir wollen verhindern, dass selbsternannte
2031 „Gotteskrieger“ etwa nach Syrien oder in den Irak reisen, um dort schwere
2032 Gewalttaten zu verüben. Radikalisierte Menschen, die einen Glaubenskrieg in
2033 Bremen führen wollen, müssen wir mit der ganzen Bandbreite von (Re-
2034)Integrationsangeboten bis zur Strafverfolgung begegnen.

2035 Die Feuerwehren im Land Bremen sind ein wichtiger Bestandteil unserer
2036 Sicherheitsarchitektur. Wir werden sie auch in Zukunft personell verlässlich
2037 ausstatten. Unsere Stadt ist gerade an den Rändern in den letzten Jahren
2038 gewachsen. Dieser Entwicklung muss auch die Brandschutzbekämpfung Rechnung
2039 tragen. Im Rahmen der Diskussion des Brandschutzkonzeptes sind wir offen für
2040 Veränderungen der Standorte. Die Kräfte der Feuerwehr müssen sich auf ihr
2041 Einsatzmaterial verlassen können. Wir setzen uns auch weiterhin für eine moderne
2042 und leistungsfähige Ausstattung ein.
2043 Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein wichtiger Bestandteil des Brandschutzes in
2044 unserer Stadt. Das ehrenamtliche Engagement schätzen wir sehr. Wir unterstützen
2045 daher die Wehren bei der Gewinnung neuer Kräfte, insbesondere von Frauen und
2046 Menschen mit Migrationshintergrund durch eine entsprechende Kampagne. Wir wollen
2047 als Dankeschön alle Ehrenamtlichen mit der Ehrenamtskarte ausstatten.

2048 Das Stadtamt Bremen ist das Aushängeschild der Bremischen Verwaltung. Keine
2049 andere Behörde hat eine solch hohe Anzahl an Bürgerkontakten. Das hohe
2050 Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir nutzen, um den Umbau
2051 der Behörde weiter voran zu treiben, Doppelstrukturen abzubauen und

2052 Verwaltungswege zu vereinfachen.
2053 Die Ausländerbehörde wurde zu einer Servicestelle für Aufenthalt und
2054 Einwanderung umstrukturiert. Gleichwohl wissen wir, dass noch nicht alles
2055 reibungslos funktioniert. Gemeinsam mit den Beschäftigten und Nutzern wollen wir
2056 weitere Verbesserungen in der Arbeit erreichen.

2057 Wir haben den Verfassungsschutz grundlegend reformiert. Die schrecklichen Taten
2058 des NSU und das Versagen der betroffenen Sicherheitsbehörden sind für uns
2059 Mahnung und Antrieb zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzgesetzes gewesen.
2060 Dabei haben wir die Ergebnisse des NSU-Bundestagsuntersuchungsausschusses
2061 berücksichtigt und u.a. den Einsatz von V-Leuten restriktiv verändert.

2062 Bündnis 90 / DIE GRÜNEN arbeiten aktiv gegen Rechtsextremismus und die
2063 schleichende Verankerung rechtsextremistisch-menschenfeindlicher Haltungen im
2064 Gedankengut der gesellschaftlichen Mitte. Eine konsequent demokratische und
2065 soziale Gesellschaft zu schaffen, die mit wachen Sinnen Menschenfeindlichkeit
2066 wahrnimmt und begegnet, ist Aufgabe aller Bremerinnen und Bremer.

2067 **Bremerinnen und Bremer in Bewegung/Sport**

2068 Grüne Sportpolitik hat zum Ziel, Bewegungs- und Spielmöglichkeiten für Menschen
2069 jeden Alters mit und ohne Vereinsbezug zu schaffen und zu erhalten. Inklusion
2070 ist auch und gerade im Sport für uns von hoher Bedeutung. Dabei stehen wir für
2071 verlässliche Rahmenbedingungen, die die Arbeit der Sportvereine und der
2072 zahlreichen Ehrenamtlichen sichern.

2073 In den letzten vier Jahren konnten wichtige Sanierungsprojekte realisiert
2074 werden, wie die Sanierung von Bezirkssportanlagen, der Leichtathletiklaufbahn,
2075 Schulsportstätten oder Instandsetzungen in Huchting sowie der Pauliner Marsch. In
2076 Zukunft werden wir wichtige und notwendige Sanierungen und Reparaturen dort
2077 durchführen wo es dringend notwendig ist.

2078 Für uns Grüne ist klar, alle Bremerinnen und Bremer müssen Gelegenheit zur
2079 sozialen Teilhabe haben. Der Zugang zu Sportvereinen ist deshalb von immenser
2080 Bedeutung. Hier wird der soziale Zusammenhalt gefördert, fair play eingeübt und
2081 Gesundheitsprävention betrieben. Die Kooperationen zwischen Schulen, Kitas,
2082 Senioreneinrichtungen, sozialen Einrichtungen, MigrantInnen und Vereinen ist ein
2083 wichtiger Baustein. Diesen Bereich wollen wir auch in Zukunft fördern und
2084 Einrichtungen unterstützen.

2085 Öffentlicher Raum für Bewegung und Spiel für Kinder und Jugendliche ist aus
2086 grüner Sicht ein Grundbaustein für soziales Freizeitverhalten. Wir fördern
2087 deshalb Vorhaben, die Mädchen und Jungen in gleichem Maße die Möglichkeit zu
2088 Bewegung im öffentlichen Raum bieten.

2089 Wir Grüne lehnen jede Form von Gewalt - sei sie verbaler, psychischer oder
2090 physischer Natur - im Sport ab. Wir unterstützen deshalb Präventionsprogramme
2091 und Fanprojekte, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie im Sport
2092 sensibilisieren. Zur Bekämpfung von Gewalt bei sog. Risiko-Fußballspielen setzen
2093 wir ebenso auf Prävention. Die hervorragende Arbeit der Fanprojekte unterstützen

2094 wir ausdrücklich. Sexualisierter Gewalt treten wir auch im Sport entschieden
2095 entgegen und arbeiten weiterhin an wirksamen Schutzmechanismen gegen sexuelle
2096 Übergriffe und machen uns für eine Kultur des Hinsehens stark.

2097 Grüne Politik misst sich auch im Sport an den finanziellen Realitäten. Das
2098 bedeutet, die wenigen finanziellen Mittel des Sportbereichs gezielt zu nutzen,
2099 um Vereine und Projekte zu fördern. Wir wollen, dass sich auch in Zukunft
2100 Ehrenamtliche im Sport engagieren, deshalb sichern wir die
2101 Überungsleiterpauschale ab. Uns liegen wohnortnahe und moderne
2102 Sportgelegenheiten am Herzen. Die Weiterentwicklung des Sports sowie der
2103 Vereins- und Verbandstrukturen unterliegt auch der demografischen Entwicklung.
2104 Daher werden wir die Ergebnisse des Sportentwicklungsplans prüfen und in
2105 Kooperation mit dem Ladessportbund zukunftsweisend umsetzen.

2106 Angesichts der zunehmenden Anzahl von Nichtschwimmern messen wir der Förderung
2107 des Schwimmsports eine hohe Bedeutung zu. Die Bremer Bäder sowie deren Sanierung
2108 haben bleibt in den nächsten Jahren ein zentrales Thema.

2109 **Justiz**

2110 Wir Grünen stehen für eine effiziente und bürgerInnennahe Justiz. Sie muss so
2111 ausgestattet und organisiert sein, dass zeitnah Entscheidungen fallen.
2112 Insbesondere für Rechtsstreitigkeiten im Verwaltungsrecht und Finanzrecht gilt,
2113 dass Rechtssicherheit in überschaubarer Zeit auch ein wichtiger Faktor bei
2114 Standortentscheidungen von Unternehmen ist.
2115 Effektive Gerichte brauchen eine ausreichende Personalausstattung. Es ist uns in
2116 der Justizverwaltung bereits gelungen, durch effizientere Bearbeitungssysteme
2117 MitarbeiterInnen besser einzusetzen. Weiter verbesserter Technikeinsatz wird
2118 auch in Zukunft dazu beitragen, den Aufgaben auch ohne Personalausweitung
2119 gerecht zu werden.
2120 Ein wichtiger Baustein zur Entlastung der Gerichte ist auch die Vermeidung von
2121 unnötigen Rechtstreitigkeiten. Wir wollen gerade im Bereich der Verwaltungs- und
2122 Sozialgerichtsbarkeit gezielt Problemschwerpunkte identifizieren und das
2123 vorgelagerte Verwaltungsverfahren rechtssicherer und transparenter gestalten.
2124 Außerdem sprechen wir uns für die Stärkung außergerichtlicher Konfliktbeilegung
2125 wie z.B. Mediation aus. Wir wenden uns entschieden dagegen, die Anrufung der
2126 Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken
2127 und unterstützen die Einführung einer Mediationskostenhilfe.

2128 Bremen hatte jahrelang einen vorbildlichen Umgang mit Opfern einer
2129 Vergewaltigung. Jetzt müssen wir feststellen, dass nur wenige Anklagen und noch
2130 weniger Verurteilungen dieser Straftat erfolgen. Grüne wollen dieses Thema
2131 wieder stärker in den Fokus nehmen und sich auch für eine Änderung der
2132 Rechtslage auf Bundesebene stark machen.

2133 In der letzten Legislaturperiode ist es uns gelungen, die Selbstverwaltung der
2134 Justiz sowie der organisatorischen Angelegenheiten der Justizverwaltung durch
2135 eine Anpassung des Richtergesetzes zu stärken. Wir wollen prüfen, ob diese
2136 Schritte noch ausgeweitet werden können und für Bremen die Einrichtung von
2137 Leitungsfunktionen auf Zeit sich als sinnvoll erweisen könnte.

2138 Die Grünen wollen die Voraussetzungen für die Übernahme eines Richteramtes
2139 verändern, damit in Zukunft mehr Menschen mit Migrationshintergrund und höherem
2140 Lebensalter berufen werden können.

2141 Gute soziale und kulturelle Lebensbedingungen sind die beste
2142 Kriminalitätsprävention. Daher möchten wir uns vor allem für bessere Bildung,
2143 bessere Wohnverhältnisse und für gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen
2144 Reichtum einsetzen. Um bereits beginnende kriminelle Karrieren zu stoppen,
2145 müssen Strafen zeitnah, angemessen und spürbar sein. Hierzu möchten wir das
2146 bereits begonnene Programm „Stopp der Jugendgewalt“ weiter evaluieren und
2147 anpassen. Außerdem setzen wir uns für eine bessere Qualifikation der
2148 StaatsanwältInnen und RichterInnen bei den Jugendstaatsanwaltschaften und
2149 Jugendgerichten ein.

2150 Bremen hat mit der umfassenden Sanierung der Haftanstalten im Land Bremen
2151 begonnen, damit ein moderner und humaner Strafvollzug möglich wird.
2152 Wir setzen uns für einen Strafvollzug ein, der auf Resozialisierung gerichtet
2153 ist. Dem Ziel der Resozialisierung dienen der Vollzug in Wohngruppen und der
2154 offene Vollzug. Nach unserer Auffassung gehört es außerdem zur Resozialisierung,
2155 die Haftzeit zur Ausbildung und zur Entschuldung der Gefangenen zu nutzen. Wir
2156 setzen uns für die Abordnung einer Lehrkraft für den Unterricht für
2157 schulpflichtige Gefangene im Jugendvollzug ein, sowie für die Möglichkeit der
2158 Schuldnerberatung bereits in den ersten drei Monaten der Haft. Die
2159 Bildhauerwerkstatt und das Projekt Knastgewächse müssen erhalten bleiben.

2160 Menschen, die Probleme mit der Bewältigung ihrer rechtlichen Angelegenheiten
2161 haben, haben einen Anspruch auf rechtliche Betreuung. Dabei sollen alle
2162 Entscheidungen mit der bzw. dem Betreuten zusammen erfolgen und der persönliche
2163 Kontakt im Vordergrund stehen. Deshalb wurde der ehrenamtlichen Betreuung durch
2164 Angehörige oder nahe stehende Personen Vorrang eingeräumt. Wir Grüne wollen
2165 durch bessere Beratung die Zahl der ehrenamtlichen und Vereinsbetreuungen
2166 erhöhen.

2167 **Europa/Internationales/Entwicklung**

2168 Das Land Bremen versteht sich nach seiner Verfassung ausdrücklich als „Glied der
2169 deutschen Republik und Europas“. Wir sehen dies als Verpflichtung, weiterhin an
2170 einer immer engeren Union der Völker Europas mitzuwirken. Nach wie vor gilt:
2171 Freiwilliger Zusammenschluss der Staaten, die Teilung der Souveränität und
2172 gemeinsame Regeln des Rechts sichern den inneren und äußeren Frieden in Europa.
2173 Es gilt gerade für ein Land wie Bremen, dass nur ein offener gemeinsamer Markt
2174 mit klaren politischen Regeln Wohlstand und Sicherheit bieten kann. Die
2175 Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere die Finanzkrise, haben uns noch
2176 einmal dramatisch vor Augen geführt, dass lokale oder nationale Lösungen nicht
2177 mehr ausreichen. Notwendig ist gemeinsames Handeln, um überhaupt handlungsfähig
2178 zu bleiben.

2179 Deswegen treten wir dafür ein, dass das Land Bremen sich weiterhin aktiv an der
2180 Ausgestaltung der europäischen Integration beteiligt. Inhaltliche Schwerpunkte
2181 der nächsten Jahre werden für uns sein: die Klima-, Energie- und Umweltpolitik,
2182 der Datenschutz, die Integrations- und Flüchtlingspolitik, und vor allem das

2183 geplante Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Sonderrechte für Investoren gegen
2184 die Demokratie darf es durch TTIP ebenso wenig geben wie eine Absenkung beim
2185 Umwelt- und Gesundheitsschutz. Aber auch beim Klimaschutz und in der
2186 Flüchtlingspolitik werden wir in Deutschland Druck machen, damit das
2187 einflussreichste Land der EU sich für höhere, nicht für niedrigere, Standards
2188 einsetzt.

2189 Dafür wollen wir alle Möglichkeiten der aktiven Einflussnahme auf die
2190 europäische Politik fördern: Wir werden die anerkannt hohe Leistungsfähigkeit
2191 der bremischen Landesvertretung erhalten. Wir wollen die aktive Mitarbeit
2192 Bremens im Ausschuss der Regionen fortsetzen. Wir möchten Netzwerke wie den
2193 europaweiten „Konvent der Bürgermeister“ zum Umweltschutz vermehrt nutzen. Auch
2194 dafür werden wir die Weiterentwicklung der „Europafähigkeit“ der bremischen
2195 Verwaltung verstärkt unterstützen, durch Abordnungen, Bewerbung als Experten,
2196 Weiterbildung.

2197 Bremen hat sich in der Vergangenheit auf Grundlage seiner
2198 integrationsfreundlichen Haltung erfolgreich mit innovativen Ideen an den
2199 europäischen Förderprogrammen beteiligt, vor allem in den Bereichen Wissenschaft
2200 und Umwelt. Um diesen Erfolg fortzusetzen, muss hohe Beratungskompetenz in der
2201 gesamten Verwaltung sichergestellt sein.

2202 Der EuropaPunktBremen macht eine anerkannt gute Arbeit als Informations- und
2203 Diskussionspunkt für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir werden dafür sorgen, dass
2204 diese Arbeit fortgesetzt wird. In der politischen Bildung insgesamt, auch in der
2205 Arbeit der Landeszentrale, muss die europäische Dimension wieder eine größere
2206 Bedeutung bekommen. Es sollte in Bremen mehr Schulen mit europäischem Geist und
2207 Herz geben. Angesichts der hohen Voraussetzungen für die förmliche Anerkennung
2208 als „Europaschule“ wollen wir die Unterstützung europäisch aktiver Schulen
2209 verbessern.

2210 Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Bremen ist eine besondere Tradition,
2211 die wir angesichts neuer Herausforderungen fortsetzen wollen. Wir wollen daher
2212 die Zusammenarbeit mit der GIZ fortsetzen, um nachhaltige Projekte in den
2213 Ländern des Südens zu unterstützen. Die Arbeit der entwicklungspolitischen
2214 Netzwerke wird sichergestellt, bei Wahrung der Pluralität der Ansätze. Wir
2215 wollen die bremischen Initiativen aus der Zeit der „Hauptstadt des fairen
2216 Handels“ stabilisieren und die Ziele des Fairen Handels auch auf europäischer
2217 Ebene stärker zur Geltung bringen. Und wir wollen in der Vergabe öffentlicher
2218 Aufträge und bei der Beschaffung von Gütern für die öffentliche Verwaltung
2219 Schritt für Schritt die Kriterien fairen Handels möglichst umfassend
2220 berücksichtigen. Das gilt vor allem für Kindergärten, Schulen und Hochschulen,
2221 weil sich gerade hier den jungen Menschen mit alltäglichen, fair gehandelten
2222 Produkten die Aufgaben globalen Zusammenhalts und Verantwortung deutlich machen
2223 lassen.

2224 **Verbraucherschutz und Ernährung**

2225 Die Welt, in der wir leben, verändert sich mit rasanter Geschwindigkeit und hat
2226 eine noch nie dagewesene Komplexität gewonnen. Rund um die Uhr können Tausende
2227 von Produkten gekauft werden. Vielfältige Entscheidungen müssen zu Gesundheit

2228 und Pflege, Textilien, Ernährung, Rentenversicherung und Finanzen, Mobilität und
2229 Energieversorgung getroffen werden.

2230 VerbraucherInnen fällt es demzufolge häufig schwer, den Überblick zu behalten
2231 und unseriöse Angebote und Geschäfte krimineller Natur zu identifizieren. Der
2232 VerbraucherInnenschutz ist hiermit mit seinen Auswirkungen und seinen
2233 Wechselwirkungen zu vielen anderen Bereichen (Gesundheit, Landwirtschaft,
2234 Wirtschaft, Soziales, Energie, Finanzen, Tierschutz, Umwelt, Recht und Unrecht)
2235 ein klassischer Querschnittsbereich und somit für uns Grüne ein zentrales
2236 Politikfeld.
2237 Die wesentlichen Säulen sind Schutz durch Transparenz, Aufklärung, Überwachung
2238 und Kontrollen sei es durch Einfuhrkontrollen oder Betriebs- und
2239 Lebensmittelkontrollen. Diese Aufgaben müssen vom Land Bremen umfassend
2240 wahrgenommen werden. Wir Grüne haben die weitere Verbesserung der Bremer
2241 Verbraucherschutzstrategie und die Verbesserung der staatlichen Kontroll- und
2242 Überwachungsfunktionen vorangetrieben. Wichtig war uns die realisierte
2243 Einführung einer Verbraucherschutzklausel, mit der bei Verwaltungshandeln sicher
2244 gestellt sein soll, dass Interessierten der VerbraucherInnen in den Blick
2245 genommen werden. Wir werden auch zukünftig verschiedene Beiträge im Sinne eines
2246 verbesserten Verbraucherschutzes leisten z. B. durch Aufklärung und Information
2247 der KonsumentInnen, Weiterentwicklungen von Kennzeichnungen sowie eine klare
2248 Deklaration aller Waren. Ein Beispiel dafür ist unsere Initiative, um eine
2249 Kennzeichnungspflicht der Haltungsform aller tierischer Produkte zu erreichen.

2250 VerbraucherInnenschutz umfasst auch den Bereich Ernährung. Wir stehen für eine
2251 gute nachhaltige und gesunde Ernährung, die Umwelt und Klima nicht belastet, für
2252 die Tiere nicht gequält und Menschen nicht ausgebeutet werden. Der Bereich der
2253 öffentlichen Beschaffung kann als Vorbild wirken. In Kitas, Schulen,
2254 Krankenhäusern und Kantinen wollen wir verstärkt gesunde Ernährung fördern:
2255 Nahrungsmittel mit dem Schwerpunkt ökologischer Landbau, möglichst regional und
2256 saisonal. Tierische Erzeugnisse sollen dort nicht aus der Massentierhaltung
2257 sondern aus artgerechter Tierhaltung stammen. Wir wollen, dass dies sukzessive
2258 bis 2020 umgesetzt wird. Dies nützt einer besseren Gesundheit, wirksameren
2259 Klimaschutz und einem besseren Leben der Tiere. Ernährung hat eine globale wie
2260 lokale Dimension. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch weiterhin
2261 aktiv stärken, ihre eigenen Kompetenzen zu schärfen. Politik mit dem
2262 Einkaufskorb: Das ist ein zentrales Leitbild der grünen Verbraucherpolitik.
2263 Durch das Einkaufsverhalten kann entscheidend beeinflusst werden, welche Produkte
2264 sich am Markt durchsetzen. Das setzt voraus, dass Produkte entsprechend
2265 deklariert und erkennbar sind. Für diese Orientierungsleistung ist auch eine
2266 starke unabhängige Verbraucherzentrale von hoher Bedeutung.

2267 **Tierschutz**

2268 Tierschutz hat bei uns einen hohen Stellenwert. Wenn Tieren Leid zugefügt wird,
2269 sei es durch kriminelle Tierquälerei, durch Nahrungsmittelproduktion, durch Zur-
2270 Schau-Stellung oder nicht artgerechte Haltung, schauen wir nicht weg. Wir geben
2271 Tieren eine Stimme in der Politik und setzen uns für eine Verbesserung des
2272 Tierschutzes in unserer Gesellschaft ein. Wir sind nach wie vor gegen die
2273 Affenversuche an der Uni Bremen. Diese und viele andere Tierversuche halten wir
2274 weiterhin für ethisch nicht vertretbar.

2275 Wir brauchen ein Heimtierschutzgesetz auf Bundesebene. Wir werden uns dafür
2276 einsetzen, dass es ein neues Tierschutzgesetz für Heimtiere gibt. Oftmals werden
2277 Heimtiere wie Hunde, Katzen, aber vor allem Kleintiere und Vögel nicht
2278 artgerecht gehalten. Das bestehende Tierschutzgesetz reicht nicht aus, um
2279 Haustiere vor diesem Tierleid zu schützen. Damit Amtstierärzte künftig eine
2280 klare, gesetzliche Vorschrift und damit mehr Handlungsspielraum und
2281 Entscheidungsbefugnis bei Missbrauchsfällen haben, ist die Einführung einer
2282 solchen Gesetzesnovelle zum Schutz unserer Haustiere unerlässlich.

2283 Für uns ist klar: mit der Massentierhaltung und industrieller Fleischproduktion
2284 kann es so nicht weitergehen. Der unwürdige Umgang mit sogenannten Nutztieren
2285 muss beendet werden. Es ist kein Zufall, dass sehr oft Verstöße gegen
2286 Arbeitnehmerrechte und gegen den Tierschutz und artgerechte Haltung in den
2287 selben Betrieben vorkommen. Respekt vor Mensch UND Tier drückt eine
2288 Lebenseinstellung aus, die beim uns Grünen Programm ist. Wir brauchen dringend
2289 ein neues Tierschutzgesetz für eine artgerechte Haltung von Nutztieren. Dadurch
2290 sorgen wir für tiergerechte Haltungsbedingungen und stoppen den Missbrauch von
2291 Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften. Die
2292 ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung hat für uns Vorrang:
2293 daher möchten wir in Bremen langfristig erreichen, dass in öffentliche Mensen
2294 ausschließlich Fleisch aus ökologischer Tierhaltung angeboten wird.

2295 Ponykarussells sind von gestern! Wir setzen uns dafür ein, dass das
2296 tierquälerische Ponyreiten auf Bremens Jahrmärkten untersagt wird. Die Körper
2297 der Ponys sind nicht auf stundenlanges Laufen im Kreis ausgelegt. Spaß auf dem
2298 Freimarkt geht auch anders! Aus diesen Gründen fordern wir, dass in Bremen
2299 rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, um Ponykarussells sowie die
2300 Zurschaustellung anderer Tiere auf Bremischen Jahrmärkten mit Fahrbetrieben zu
2301 untersagen.

2302 Registrierung schützt!
2303 Wir haben eine Katzen-Kastrationspflicht in Bremen und Bremerhaven eingeführt.
2304 In Bremerhaven gibt es zusätzlich noch eine Chippflicht für Katzen. Wir setzen
2305 uns künftig dafür ein, dass Hunde und Katzen in Bremen gechipt und registriert
2306 und durch eine Haftpflichtversicherung abgesichert werden müssen. So werden
2307 Tierheime und TierbesitzerInnen entlastet, weil ausgesetzte oder entlaufene
2308 Tiere ihren HalterInnen schnell zurückgeführt werden könne oder aber erneuter
2309 Tiermissbrauch künftig unterbunden wird.

2310 Exoten gehören in die Natur- nicht in eine Wohnung!
2311 Aus tierschutzpolitischer Sicht halten wir die Haltung von exotischen Tieren wie
2312 Echsen, Leguanen, Schlangen und Spinnen u.a. für fragwürdig. Exoten haben
2313 besonders hohe Ansprüche an ihre Haltung- oftmals fehlt BesitzerInnen die nötige
2314 Sachkunde über die tiergerechte Haltung. Illegaler Handel mit exotischen Tieren,
2315 besonders im Internet, ist leider keine Seltenheit. Wir wollen überprüfen, ob
2316 Exotenbörsen und -Messen so noch in Bremen stattfinden müssen.